

HINTERGRUND

ALTERSVORSORGE – TOP ODER FLOP?

► Rund 16,5 Millionen Riester-Verträge gibt es in Deutschland. Seit Jahren kommen unterm Strich kaum noch neue dazu. Zudem gelten bereits über drei Millionen Verträge als ruhend – sie werden somit gar nicht mehr bespart. Riester-Sparer, die sich aktuell über den Stand ihres Vorsorgevermögens informieren, sind häufig erschüttert, wie gering die erhoffte Zusatzrente ausfallen wird. Eine Erfolgsgeschichte sieht anders aus. Dennoch hält die Politik an der Riester-Idee fest und will das System lediglich reformieren. Verbraucherschützer und Finanzexperten laufen Sturm.

FLEXIBLERE RIESTER-GARANTIEN?

Das Vorhaben steht im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD: ein Dialog mit der Versicherungswirtschaft mit dem „Ziel eines attraktiven standardisierten Riester-Produkts“. Doch passiert ist in der schon weit fortgeschrittenen Legislaturperiode wenig, das möchte die Union auf den letzten Metern offenbar noch ändern. Nach Informationen unserer Redaktion wollen die Koalitionspartner auf Arbeitsebene am 5. Oktober im Bundesfinanzministerium mögliche Eckpunkte der **Reform zur Altersvorsorge** beraten. Ein Gesetzentwurf soll bis Jahresende folgen, die Union will die **Änderungen noch in dieser Legislaturperiode** verabschieden.

Hintergrund sind Verständigungen zur bereits beschlossenen **Grundrente**. Sie war ein Lieblingsprojekt der SPD, ebenso die Stärkung der **Betriebsrenten**. Die Union verlangte dafür grundlegende Änderungen der Riester-Rente, die als **unflexibel, teuer, kompliziert und renditeschwach** gilt. Im Mai hatte die Deutsche Aktuarvereinigung der Versicherungsmathematiker ausgerechnet, dass sich wegen der geringen Zinsen am Markt der Abschluss neuer Riester-Verträge ab 2021 nicht mehr lohnen würde. Von über 16,5 Millionen Altverträgen – die Zahl stagniert seit Jahren – sind über drei Millionen inzwischen ruhend gestellt. In der Unionsfraktion ist man alarmiert. Bereits Anfang Juli hatten die Arbeitsgruppen für Finanzen und Arbeit und Soziales ein Eckpunktepapier verfasst und an Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) geschickt. Es sieht etwa vor, die **hundertprozentige Auszahlungsgarantie für eingezahlte Beiträge** zu kippen. Dem Vernehmen nach sollen die Experten im Bundesfinanzministerium zunächst offen für diesen Vorschlag gewesen sein, nach Kritik aus dem von Hubertus Heil (SPD) geführten Arbeitsministerium aber einen **Rückzieher** gemacht haben. Wie es am 5. Oktober weitergeht, ist offen. Auch eine Erhöhung der Zulagen sei im Gespräch, heißt es. Sozialverbände sehen die Reform kritisch und warnen vor einer flexibleren Auszahlungsgarantie. VdK-Präsidentin Verena Bentele sagte: „Die Riester-Rente ist **klinisch tot**, die jetzt geplanten Spritzen kommen den Versicherungskonzernen zugute.“ Auch Verbraucherschützer warnen vor einer Reform.

Das Riester-Rentchen

Bei Vertragsabschluss lockte eine monatliche Zusatzrente von fast 550 Euro – doch was bleibt am Ende wirklich? Eine Sparerin ist geschockt.

Von Christiane Stein

MAINZ. Eigentlich hatte Sabine Graf (Name von der Redaktion geändert) aus Mainz ein gutes Gefühl, als sie vor 14 Jahren einen Riester-Vertrag unterschrieb. Sie ist verheiratet und hat keine Kinder, aber einen sicheren Job mit einem Jahresbruttoeinkommen von rund 60.000 Euro. Ihre Bank empfahl ihr als Riester-Produkt damals eine Uni-Profi-rente von Union Investment, die zudem mit dem Stempel „Testsieger bei Stiftung Warentest“ angepriesen wurde. Die „beispielhafte Modellrechnung“ stellte der Angestellten eine Zusatzrente von über 500 Euro in Aussicht: „Ab Rentenbeginn Juni 2028 würden Sie aus einem Union-Fondsanzahlplan und ab Ihrem 85. Lebensjahr aus einer Rentenversicherung eine lebenslange monatliche Rente in Höhe von 542 Euro erhalten“, hieß es in der „Übersicht über die Entwicklung Ihrer Anlage“. Als Graf vor gut einem Jahr bei ihrer Bank eine Vermögensaufstellung anforderte, war davon allerdings keine Rede mehr: Aus ihrem Riester-Vertrag wurde lediglich eine Rente von 215 Euro eingerechnet – weniger als die Hälfte des ursprünglich veranschlagten Betrags. Doch auch diese Hoffnung ist inzwischen verpufft. Kürzlich holte sie Informationen zum aktuellen Stand ein: „Mein Anruf Anfang September bei der Union Investment direkt war ernüchternd. Der Kundenberater stellte mir eine Auszahlung von rund 80 Euro monatlich in Aussicht, sofern ich die Zahlungen von 176 Euro monatlich wie bisher bis zum Renteneintritt mit 65 Jahren fortsetze.“ Ihr habe es fast die Sprache verschlagen, sagt sie. Dass unterm Strich wohl noch weniger übrig bleibe, weil Riester-Renten ja versteuert werden müssen, sei dann eigentlich auch schon egal.

Eine „staatlich verordnete Fehlkonstruktion“

Die Riester-Rente sorgt häufig für Frust, nicht nur bei Sabine Graf. Und das seit Jahren. Zu kompliziert, zu intransparent, zu reglementiert, zu teuer – die Liste der Kritikpunkte ist lang. Finanzexperte Hartmut Walz nennt Riester sogar eine „staatlich verordnete Fehlkonstruktion“. Mini-Renten mit extrem schlechtem Verhältnis zwischen Kosten und Zahlungsbeiträgen seien die Regel, sagt der Professor für Bankbetriebslehre, der an der Hochschule Ludwigshafen lehrt. Eigentlich hatte auch die Politik schon längst angekündigt, die private Altersvorsorge zu reformieren. Ausgebremst durch Corona, scheint nun die Diskussion wieder in Bewegung zu kommen. Allerdings bleibt fraglich, ob eine Reform gelingt, die diesen Namen auch verdient hat. Denn während zum Beispiel der Bundesverband der Verbraucherzentralen für einen kompletten Systemwechsel plädiert und eine „Extrarente“ nach schwedischem Vorbild fordert, würde die Finanz- und Versicherungsbranche lieber am Riester-Sparen festhalten und nur an einen Stellen schrauben drehen.



Einig sind die Beteiligten zumindest darüber, dass die Kapitalerhaltungsgarantie Renditechancen aushebelt. Was gut klingt, kostet die Riester-Sparer bares Geld: Um die gesetzliche Vorgabe einzuhalten, dass zum Rentenbeginn zumindest die eingezahlten Beiträge samt Zulagen – unverzinst und ohne jeglichen Inflationsausgleich – zur Verfügung stehen müssen, löst auch ein kleiner Crash am Aktienmarkt – je nach angespartem Puffer – relativ schnell die Umschichtung des Aktieninvestments in sichere Rentenpapiere aus. Diese sind allerdings derzeit nur mit Negativzinsen zu haben und knabbern somit am Vermögen, statt es zu mehren. Der Weg zurück zu Aktien erfolgt meist zu spät und somit zu erheblichen höheren Kursen. Insgesamt erzwingt das Garantieverprechen also ein geradezu prozyklisches Verhalten: billig verkaufen – teuer zurückkaufen. Das ist aus wissenschaftlicher Sicht so unsinnig wie unnötig.

Bereits im Zuge der Finanzkrise 2008 kam es zu solchen Umschichtungen, der kurze Corona-Einbruch im März dieses Jahres führte ebenfalls bei vielen Verträgen zu überstürzten Verkäufen. Zum Beispiel auch bei Fair.de, einem zuvor häufig wegen günstiger Kosten gelobten Riester-Anbieter, der mit der Sutorbank kooperierte. Inmitten der schlimmsten Phase des kurzen Corona-Aktiencrashes veräußerte die Sutorbank alle Fondsanteile mit hohen Verlusten: „Zum Timing dieses Notverkaufs darf

„Eine Riester-Reform wäre eine Katastrophe. Verbraucher hätten gar nichts davon.“

Dorothea Mohn, Finanzexpertin Verbraucherzentrale Bundesverband

man die Risikomanager ausdrücklich beglückwünschen, denn sie haben das Kunststück vollbracht, dicht an den absoluten Tiefstkursen zu verkaufen“, sagt Professor Walz. Und: „Die unselige Regulatik, insbesondere die Beitragsgarantie, erzwingt über viele Jahre den Verzicht auf die rentablere Anlageform Aktie. Sie vernichtet weitmas mehr Kapital, als der Sparer durch die Förderung erhält.“ Walz nennt dies „ein Trauerspiel“. Bereits nach 2008/2009 hätte die Politik Gelegenheit gehabt, diesen Garantie-Fehler im Riestersystem zu korrigieren, passiert ist bis heute nichts. Nun wird darüber diskutiert, ob die Garantielinie gesenkt und beispielsweise bei 80 Prozent gezogen werden soll.

„Die Zulagen muss der Steuerzahler aufbringen“

Doch Verbraucherschützer warnen vehement davor, weiter auf Riester zu setzen: „Im derzeitigen System ist es schlicht unmöglich, langfristig mit ausreichender Rendite gut vorzusorgen“, sagt Dorothea Mohn, Expertin für Finanzen beim Bundesverband der Verbraucherzentralen. Eine weitere Riester-Reform wäre aus ihrer Sicht eine Katastrophe und würde „lediglich ein nicht funktionierendes System manifestieren“. Die Koalition habe das Thema verschleppt, ein Schnellschuss auf den letzten Metern vor der nächsten Wahl wäre nichts anderes als ein Konjunkturprogramm für die Versicherungsbranche: „Verbraucher werden nichts davon haben“, sagt Mohn. Sie warnt eindringlich davor, Riester mit der Erhöhung der Zulagen scheinbar attraktiver zu machen. „Die Zulagen fallen nicht vom Himmel. Sie werden vom Steuerzahler aufgebracht. An jedem Euro Zulage verdient der Vertriebsfröhlich mit“, sagt sie. Und je höher die Zulagen seien, desto besser ließen sich die schlechten

RIESTER – WAS RÄT DER PROFI?

1. Wenn Sie noch keinen Riester-Vertrag besitzen und lediglich die Grundzulage, aber keine Kinderzulage erhalten würden, dann unterlassen Sie den Abschluss eines Riester-Vertrags und verzichten Sie auf die überschaubare Förderung sowie die Steuerverlagerung, die Ihnen von den Finanzdienstleistern stets falsch als Steuervorteil angepriesen wird. Stecken Sie das Geld lieber in einem **ETF-Sparplan**, der möglichst breit in Aktien streut. Die Auswahl an kostenlosen oder zumindest sehr preiswerten ETF-Sparplänen ist groß, ebenso wie das Angebot kostenloser Wertpapierdepots, auf denen die ETFs dann liegen.

2. Löhnen kann sich ein Riester-Vertrag für **Geringverdiener**, insbesondere wenn der Anspruch für **zusätzliche Riester-Zulagen** für (mehrere) Kinder besteht. Jedoch sollten Sie diesen nur mit dem geforderten Mindestbetrag von 5 Euro monatlich besparen, auch wenn Ihr „Berater“ Ihnen eine höhere Sparleistung anrät. Denn es geht lediglich darum, die **Kinderförderung** mitzunehmen – für die Grundzulage gilt Tipp Nummer eins – das lohnt sich nicht. Auf die Grundzulage verzichten Sie also selbstbewusst und Verfahren nach Tipp eins.

3. Wenn Sie bereits einen Riester-Vertrag besitzen, lässt sich ein Teil des Schadens – zum Beispiel bereits bezahlte Abschlusskosten – nicht mehr verhindern. Jedoch könnten Sie ab sofort noch das Beste daraus machen. Im Regelfall ist es nicht vorteilhaft, bestehende Riester-Verträge zu kündigen, da Sie einerseits die erhaltene Riester-Förderung verlieren und andererseits auf den bisherigen Kosten sitzen bleiben. Sie können jedoch den Vertrag **völlig beitragsfrei** stellen oder bei geringem Einkommen – falls Sie Kinderförderung erhalten – Ihre monatliche Sparleistung auf fünf Euro senken.



Prof. Dr. Hartmut Walz ist seit 1993 Professor für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Bankbetriebslehre an der Hochschule Ludwigshafen. Er widmet sich immer wieder der Frage, wie es uns gelingt, in finanziellen Fragen (noch) besser zu entscheiden – auch auf seinem Finanzblock www.schließlich-ist-es-ihrgeld.de.

Foto: Hochschule Ludwigshafen am Rhein

4. Prüfen Sie zusätzlich, wie hoch die **laufenden Kosten** Ihres Riester-Vertrags sind – hier gibt es enorme Unterschiede. Während die Abschlusskosten ja unwiderruflich verloren sind, können Sie bei den jährlich laufenden Kosten noch sparen. Und Sie können jederzeit den Anbieter wechseln. Kundenorientierte und faire Anbieter erstatten Ihnen sogar die Umzugskosten, die meistens einmalig 50 oder 100 Euro betragen.

5. Bei Riester-Verträgen können Sie über das Guthaben bei Renteneintritt nicht voll verfügen, es wird verrentet. Immerhin können jedoch 30 Prozent des angesparten Vertragsguthabens als **Einmalzahlung** bei Rentenbeginn entnommen werden. Dies ist im Regelfall empfehlenswert, da sich durch kluge eigenständige Anlage der 30 Prozent ein erheblich besseres Ergebnis erzielen lässt als durch die vergleichsweise magere Riester-Rente.



RIESTERN

► Walter Riester (SPD) war von 1998 bis 2002 Arbeitsminister. Auf ihn geht die Riester-Rente zurück: eine **freiwillige** Altersvorsorge. Sie ergänzt die **staatliche**, also verpflichtende Rentenversicherung. Wer „riestert“, legt jeden Monat Geld fürs Alter zurück – der Staat gibt einen Zuschuss.

Mehr von Kruschel gibt es unter www.kruschel.de



Ohne private Vorsorge dürfte es schwer werden, den Lebensstandard im Alter zu halten. Fotos: Gus Andi/Marcus Hofmann-stock.adobe